

Breslauer Zeitung.

Biwöchlicher Sonnentags-Dr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abo. 50 Pf.,
außerhalb pro Quartal incl. Post 6 Mark 50 Pf. — Infanterie-Abgabe für den
Raum einer sechsteljährigen Zeit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 10. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 7. Januar 1879.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Staatsanwalt Gerlach zu Neisse und dem Rittergutsbesitzer und Kreisdeputierten Heydreich auf Kelbra im Kreise Sangerhausen den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Oberförster Stosch zu Börnicke im Kreise Lübben, dem Polizei-Lieutenant Seelmann zu Berlin und dem Ober-Postsekretär Stegemann zu Göttingen den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Obersten von Fassong, Commandeur des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments, und dem Obersten a. D. von Heyne, bisher Commandeur des 3. Posenischen Infanterie-Regiments Nr. 58, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Professor Oswald Ahnenbach zu Düsseldorf den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem praktischen Arzt Dr. Menger zu Sonnenburg und dem Lehrer, Stifts- und Organisten a. D. Ohlenbostel zu Bardowick, Amts Lüneburg, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Wolf zu Weilheim im Oberamt Hettlingen den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem Steueraufseher Gundermann zu Segeberg und dem Gemeindevorsteher Korte zu Mark im Kreise Hamm das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem berittenen Gendarmen Haack in der 2. Gendarmerie-Brigade, dem Unteroffizier Mädler im Schlesischen Jäger-Regiment Nr. 38, und dem Tischlergesellen Hensel zu Colberg die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat die von der Akademie der Wissenschaften zu Berlin getroffene Wahl der Professoren Charles Darwin und Richard Owen in London zu auswärtigen Mitgliedern der Akademie bestätigt.

Se. Majestät der König hat den Ober-Consistorial-Rath, Hof- und Domprediger Dr. Kögel in Berlin unter Entbindung von dem Amte als vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zum Mitglied des evangelischen Ober-Kirchenrats und den Hof- und Domprediger Dr. Baar dagegen zum Ober-Consistorial-Rath und Mitglied des evangelischen Ober-Kirchenrats, sowie den bisherigen Kreisgerichts-Rath Emil Ferdinand Ruhnau in Insterburg zum Consistorial-Rath ernannt.

Dem Regierungs-Assessor Höfels ist die Stelle eines etatsmäßigen Mitgliedes der Provinzial-Steuer-Direction zu Stettin verliehen worden. — Der Privatdozent Dr. Anton Oberbeck in Halle a. d. S. ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der dortigen Universität ernannt worden. — Dem zum Consistorial-Rath ernannten bisherigen Kreisgerichts-Rath Ruhnau in Insterburg ist eine weltliche Rathsstelle bei dem königlichen Consistorium der Provinzen Ost- und Westpreußen verliehen worden.

Berlin, 6. Januar. [Der Kaiser und König] nahm heute die Vorträge des Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowitz, des Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, sowie des Staats-Sekretärs, Staatsministers von Bülow entgegen und empfing den General-Adjutanten, General-Major von Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern dem Gottesdienste in der St. Matthäikirche bei. Beide Kaiserliche Majestäten dinierten bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheneltern dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend den Vortrag der 4. Armee-Inspection entgegen. Gestern früh 8 Uhr wohnte Höchsteselbe dem Gottesdienste in der Hausskapelle bei. Mittags um 12 Uhr empfing Se. Kaiserliche Hoheit den Prinzen August von Württemberg, Königliche Hoheit.

(R.-Anz.)

○ Berlin, 6. Jan. [Aus dem Bundesrathe. — Tarifreform-Commission. — Falsche Gerüchte. — Reichsbeschwerde-Commission. — Aversen-Commission. — General-Synode. — Eisenbahnverkehr im Monat November v. J. — Gebührenfreiheit der Telegramme der Wahl-Commissarien.] Dem Bundesrathe ist der Entwurf eines Landshaushaltsgesetzes für Elsaß-Lothringen zugegangen. Außerdem ein internationaler Vertrag der Weinbau treibenden Staaten, welcher zur gemeinschaftlichen Bekämpfung der Reblaus-Krankheit unter dem 17ten September v. J. abgeschlossen ist. — Von den 15 Mitgliedern der Tarif-Reform-Commission waren bisher nur 14 ernannt; jetzt ist als Vertreter des Handels-Ministeriums noch der Regierungs-Präsident von Bötticher aus Schleswig berufen und bereits hier eingetroffen. In der am Sonnabend abgehaltenen zweiten Sitzung dieser Commission wurden, wie einige Blätter (und auch die Bresl. Blg.) bereits gemeldet haben, die Positionen des Zolltariffs an die Mitglieder zur Bearbeitung und Berichterstattung vertheilt. Es werden daher in der nächsten Zeit Plenarsitzungen nicht stattfinden, sofern nicht etwa von dem oder jenem Referenten zu seiner Information eine solche beantragt wird. — Die Meldung, daß der Papst beabsichtige, ein neues Concil zu berufen, um durch dasselbe die deutsche Kirchenfrage zu lösen, ist so widersinnig in jeder Beziehung, daß man kaum begreift, wie eine Redaction dergleichen aufnehmen kann. Was sollte oder könnte ein Concil wohl mit den Fragen, um welche es sich bei dem deutschen Kirchen-Conflict handelt, zu thun haben, und wie wär' das Concil geeignet, die Verständigung zu erleichtern? — Es findet heute wieder eine Sitzung der Reichs-Beschwerde-Commission statt. — Morgen, am 7. Januar, tritt im Reichskanzleramt die Commission zur Erörterung der Aversen der Zollausschüsse zusammen. Die Mitglieder sind: seitens des Reichskanzleramts der Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rath Dr. Michaelis als Vorsitzender, ferner der Geh. Reg.-Rath Burchard, der badische Ministerial-Rath Lepique, die preußischen Geh. Ober-Finanzräthe Scholz und von Pommer-Esche, der Bürgermeister Gildemeister von Bremen und die drei Hamburger Senatoren Dr. Versmann, Dr. Schröder und Chapeaurouge. — Offiziell wird geschrieben: Die „Magdeb. Blg.“ hat gemeldet, die erste ordentliche General-Synode werde im Mai d. J. berufen werden; wie wir hören, ist jedoch die Frage des Einberufungs-Termins noch gar nicht erörtert worden, weil der Stand der Arbeiten es nicht zuläßt. — Nach dem vom Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweis über im Monat November 1878 beförderte Züge und deren Verspätungen wurden auf 57 größeren Eisenbahnen Deutschlands, mit Auschluß Bayerns, mit einer Gesamtlänge von 26,858,54 Kilom., an fahrplanmäßigen Zügen befördert 11,218 Courier- und Schnellzüge, 73,913 Personenzüge, 39,803 gemischte und 71,495 Güterzüge; an außeraufplanmäßigen Zügen 1,246 Courier-, Personen- und gemischte und 28,745 Güter-, Materialien- und Arbeitszüge. Es verspäteten sich von den 124,934 fahrplanmäßigen Zügen im Ganzen 717, von welchen jedoch 282 durch das Abwarten verspäteter Anschlußzüge verzögert wurden. — Der Gen.-Postmeister hat die Verkehrsanstalten zur Befestigung entstandener Zweifel darauf hin gewiesen, daß in Betreff der Gebührenfreiheit derjenigen Telegramme, mittelst deren die Wahl-Commissarien das Ergebnis der Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Abgeordnetenhaus melden, nach der Allerhöchsten Verordnung vom 2. Juni 1877 folgende Grundsätze gelten: Telegramme,

welche die Wahlcommissarien über den Ausfall der Wahlen an das Reichskanzleramt erstatten, sind gebührenfrei. Dagegen sind die von den Wahlcommissarien an einzelne Behörden der Bundesstaaten gerichteten Telegramme ebenso gebührenpflichtig wie die Telegramme der Wahlcommissarien über die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus.

= Berlin, 6. Jan. [Tarif-Enquête-Commission. — Budgetcommission des Abgeordnetenhauses.] Vorläufig ist keine Sitzung der Tarif-Enquête-Commission zu erwarten. Einstweilen macht sich aber eine Verschämung über die Vertheilung der Referate geltend. Das Hamburger Mitglied, Senator Stahmer, ist bereits zurückgetreten und wird einstweilen von dem Bremerischen Mitgliede, Syndicus der Handelskammer Dr. Barth, vertreten. — Die Arbeiten der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses werden sich zunächst der Erstattung des Generalberichts zuwenden, für welchen bereits umfassende Vorarbeiten gefertigt worden sind. Man hofft nicht, vor Ende Januar zur Plenarberathung dieses wichtigen Berichts zu kommen. Entgegen allen bisherigen Mitteilungen wird jetzt verbreitet, weder der Finanzminister noch der Handelsminister würden in ausschließliche Erörterungen über das Zoll- und Steuer-, bezw. über das Eisenbahnprogramm eintreten, sondern sich nur auf allgemeine Andeutungen beschränken. In diesem Falle würde die Absicht einer möglichen Beschleunigung der Staatsberathung wohl durchkreuzt werden. — Das Herrenhaus wird erst im Februar seine Arbeiten wieder aufnehmen.

□ Berlin, 6. Januar. [Privatenquete über die Wirkungen der Differentialtarife auf die forstwirtschaftlichen Produkte. — Resolution gegen den Ankauf von Privatbahnen. — Zustimmungsberklärungen zu dem Programm des Reichskanzlers. — Agitation der freihändlerischen volkswirtschaftlichen Gesellschaft. — Lehrer-Petition. — Polizei-Director von Stettin. — Wahl in Barnim.] Der Reichskanzler hat in seinem Schreiben an den Bundesrat ausgesprochen, daß die Revision der Grenz-Zölle mit der Revision der Eisenbahn-Tarife Hand in Hand gehen müsse. Nach seiner Auffassung seien die Ungleichheiten der Frachtsätze bei den Differentialtarifen der Eisenbahnen viel einschneidender vermöge der Einfuhrprämien, die sie dem Auslande auf Kosten der deutschen Product ion gewähren. Nichts ist begreiflicher, als daß der den Eisenbahnverwaltungen hingeworfene Handschuh von diesen aufgenommen wurde und daß sie mehrere Enquêtes über die thätzliche Lage der Differentialtarife und ihren Einfluß auf den Preis der Producte veranstalteten. Sie wollen damit den Beweis führen, daß der Reichskanzler einen harten Vorwurf aussprach, als er sagte, daß den Staats- und Privat-Bahnverwaltungen nicht die Begrichtigung verbleiben könne, der wirtschaftlichen Reichsgezegebung Concurrenz zu machen, die Handelspolitik der Bundesregierungen und des Reichstages zu neutralisieren und das wirtschaftliche Leben der Nation den Schwankungen wechselnder Einfuhrprämien auszusetzen. Die Idee ist bekanntlich schon früher vom Reichskanzler ausgesprochen und von den Interessentenreisen haben und drüber zum Gegenstande eingehender Berathungen gemacht worden, deren Resultate zur Eingabe an die gesetzgebenden Körperchaften einschließlich des Bundesrates bestimmt sind. Ein Theil dieser Untersuchungen speziell über die Wirkungen der Differentialtarife auf die land- und forstwirtschaftlichen Producte Deutschlands (Holz, Spiritus u. c.) liegt uns vor. Um mit den Erhebungen der Thüringischen Bahn zu beginnen, welche die Verhältnisse der Erzeugung, des Verbrauchs und Vertriebs von Holz in Deutschland mit Rücksicht auf die Eisenbahnfracht tarife betreffen, so handelt es sich darum, ob die Differentialtarife der Eisenbahnen für ungarisches und galizisches Holz einen ungünstigen Einfluß auf die deutsche Forstwirtschaft ausüben. Die Annahme, daß die Holzwirtschaft Deutschlands in bedrängende Zustände hauptsächlich deshalb sei, weil Differentialtarife für ungarische und galizische Hölzer existieren, in denen die Frachtsätze nach bestimmten deutschen Absatzgebieten pro Tonne und Kilometer niedriger berechnet sind, als für deutscher Hölzer, ist an sich nicht richtig. Das deutsche Fichten- und Tannen-Bau- und Nuzholz von der Qualität, wie man es hauptsächlich aus Ungarn und Galizien importiert, wird nur aus den nächstgelegenen deutschen Forstgebieten und Schneidemühlern mittelst der Eisenbahn gebracht. Gegenüber den Holzfrachten für die nahe gelegenen Stationen sind die Frachten für ungarische und galizische Hölzer regelmäßig um das Vier- und Fünfsache, in einzelnen Fällen um das Zehnfache höher. Von allgemeinem Interesse ist die Mitteilung, daß Differentialtarife für Brennholz, Eisenbahnfrachten und Grubenholt überhaupt nicht existieren und daß $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ der Gesamtproduktion deutschen Holzes auf diese bezeichneten Holzarten fallen. So sind nach dem preußischen Stat pro 1872 von rot. 2½ Millionen Hectaren ausbarer Waldboden, ca. 1,200,000 Cubitmeter Nuzholz, 3½ Mill. Em. Brennholz und 1½ Mill. Em. Stück- und Reisigholz gewonnen worden. Von Bau- und Nuzholz werden bei Weitem überwiegende Quantitäten per Wasser eingeführt: von Nuzland nicht weniger als 22 Mill. Centner, von Österreich — auf der Elbe — 3½ Mill., im Ganzen auf den Flüssen 27½ Mill. Centner und zur See 7½ Million. Dagegen sind von Ungarn und Galizien nach dem Norden Deutschlands über Oberschlesien von 6½ Millionen Centnern nur 2½ Millionen nach Orien mit Differential-Tarifen gegangen. Die Privatenquete über die Erzeugung, den Verbrauch und Vertrieb von Holz in Deutschland mit Rücksicht auf die Differentialtarife gelangt zu folgendem Resümé: 1) Auf den deutschen Eisenbahnen Norddeutschlands sind Differentialfrachtsätze für Holz im Osten nur für die Stationen Berlin, Hamburg, Lübeck, Bremen, im Westen nur für das rheinisch-westfälische Absatzgebiet vorhanden. Die Höhe dieser Differentialtarife kann, abgesehen von Hamburg, Lübeck und Bremen, auf 2,8—3 M. pro Tonne und Kilometer gegenüber 3,5—4 M. im Localverkehr und den deutschen Verbandverkehren angenommen werden. Alle diese Gebiete, für welche die Differentialtarife eingeführt sind, waren schon vor deren Annahme wesentlich auf den Bezug vom Ausland zu Wasser oder zur See angewiesen. 2) Der Import ausländischen Holzes nach Deutschland, welcher in den letzten Decennien nöthig geworden ist, geschieht hauptsächlich auf den Wasserstraßen und zur See. Diejenigen Quantitäten ungarischen und galizischen Holzes, die mit Differentialtarifen nach Deutschland eingetreten sind, können für das Jahr 1876 und 1877 auf etwa 22,600,000 Ctr. angenommen werden. Vor Einführung

der Differentialtarife ist Holz vom Osten Deutschlands nach dem Westen auf den Eisenbahnen niemals transportirt. 3) Die deutschen Forsten in Norddeutschland finden mit Rücksicht auf die Bewohnerung der einzelnen Provinzen ihren Absatz wesentlich in der Nachbarschaft und sind auch in der Art des Betriebes hauptsächlich auf diesen Absatz eingerichtet. Sie können irgend bedeutende Quantitäten an diesen Provinzen, welche Holz importiren müssen, namentlich an die großen Städte und die Verkehrscentren der Industrie nicht abgeben. Die Forsten in Ungarn, Galizien und Russland werden auf den Holzgroßhandel hin bewirtschaftet und vermögen wesentlich durch die große Billigkeit des Materials im Walde selbst, sowie vermöge ihrer technischen und wirtschaftlichen Einrichtungen für den Großhandel die großen Differenzen in den Transportpreisen zu überwinden und auf dem deutschen Markt zu concurrenzen. 4) Die Beseitigung der Differentialtarife durch Ermäßigung der Fachpreise für das inländische Holz hat nur einen Ausfall in den Einnahmen der Eisenbahnen zur Folge, ohne die Concurrenz-fähigkeit des Auslandes für den Großhandel zu beeinflussen und ohne der Forstwirtschaft Nutzen zu bringen. Ein wesentliches Interesse an dieser Herabsetzung haben vielmehr nur diejenigen Orte, welche einen Zwischenhandel mit ausländischem Holz betreiben, wie Magdeburg u. c., und durch die Differentialtarife an der Concurrenz gegenüber den Werken an den Ursprungsorten befreit werden. Die Begünstigung dieses Zwischenhandels befördert indessen nur den Verkehr des ausländischen Holzes und bringt für die deutsche Forstwirtschaft Vorteile nicht. — In der Budgetcommission wird von liberaler Seite eine Resolution eingebracht werden des Inhalts, daß mit Rücksicht auf die zeitigen schlechten Ergebnisse der preußischen Staatsbahnen und die ungünstige Finanzlage im Allgemeinen es sich nicht empfiehlt, auf die weitere Ausdehnung des Staatsbahnenbetriebes Bedacht zu nehmen. Die tatsächlichen Verhältnisse unterstützen diesen Antrag nach allen Richtungen. So lange nicht feststeht, ob und wie das preußische Deficit gedeckt wird, würde es schwerlich thunlich sein, neue Lasten auf das Budget von ungewisser Höhe zu übernehmen. Die Einnahmen der Staatsbahnen in den letzten Monaten sind in auffallender Weise zurückgeblieben und namentlich bei der Berlin-Stettiner, Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdamer Eisenbahn, um deren Ankauf es sich handelt. Bei der gegenwärtigen Lage des Handels und der Industrie ist auch nicht abzusehen, wie lange die Minder-Einnahmen dauern werden. Wie sich erwarten ließ, erhält Fürst Bismarck aus einzelnen Industrie-Bezirken von handelspolitischen Corporationen und Gemeinde-Vereinigungen zustimmende Erklärungen zu dem in seinem Schreiben an den Bundesrat entwickelten Programm. Auf spezielle Anfrage, ob derartige Kundgebungen ihm erwünscht seien, hat er durch seinen Adjutans, dem Leiter seines Central-Bureaus, Geheimen Rath Tiedemann, bestehend erwidern lassen. Zustimmungs-Adressen seitens der Vertreter industrieller Bezirke seien ihm um so wertvoller, als er sich bei den parlamentarischen Verhandlungen über seine Vorschläge darauf stützen könne. — Am nächsten Sonnabend wird die hiesige freihändlerische volkswirtschaftliche Gesellschaft unter dem Vorit. des Abg. Dr. Braun ihre erste Sitzung in dieser Session abhalten. Guten Vernehmen nach werden die Corphäen der beiden liberalen Parteien der Sitzung bewohnen und eine Resolution zur Debatte und Annahme stellen, welche sich gegen das Zoll- und Steuerprogramm des Reichskanzlers richtet, wie er es in seinem bekannten Schreiben an den Bundesrat niedergelegt. Man hofft auf freihändlerischer Seite, daß das neue Schreiben des Reichskanzlers an Herrn von Barnbüler, welches in der Sonnabendsgesetzung der Zolltarif-Revisions-Commission verlesen wurde, den Weg in die Öffentlichkeit finden wird, um auch dieses Schriftstück des Kanzlers in den Kreis der Besprechung zu ziehen. Bestätigt es sich, daß Fürst Bismarck in ziemlich abfälliger Weise über das Resultat der Tabaksonquetecommission urtheilt und auf das Tabakmonopol zurückgreift, so werden die Mehrheitsmitglieder des Reichstages, welche gegen das Tabakmonopol im Parlament eintraten, einen speciellen Anlaß in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft finden, um sich für die von der Tabaksonquetecommission vorgeschlagenen Gewichtsteuer auszusprechen. — In einzelnen Provinzen haben die Lehrer höherer Schulen sich bereits zusammengethan, um in einer Collectiv-Petition dem Cultusminister das Erfassen zu unterbreiten, in ähnlicher Weise ihre Rangverhältnisse zu regeln, wie das neulich in Bezug auf die Oberförster geschehen ist. Bei den staatlichen Anstalten hat die Frage eine recht praktische Bedeutung, da die Höhe der Wohnungsgeldzuschüsse, der Umzugskosten u. s. w. davon abhängt. — Aus Siettin kommt die Nachricht, daß der vorige Polizei-Präsident v. Warnstedt „aus Gesundheitsrücksichten“ einen sechsmonatlichen Urlaub erbetet habe. Man bringt diesen Schritt wohl nicht mit Unrecht mit dem vom Minister des Innern angeordneten Wiederaufhebung des Verbots der „Fourchambault“ in Verbindung. — Gegenüber dem conservativen Jubel über die Wahl des Herrn v. Eckardstein in Ober- und Nieder-Barnim ist darauf hinzuweisen, daß derselbe Wahlmann Jung wählte und daß auch der ausgeschiedene Abg. Herr Bernhardt, in der letzten Session freiconservativ war.

[Unmittelbarer Geschäftsverkehr der schweizerischen und der deutschen Gerichtsbehörde.] Der „R.-A.“ schreibt: Zwischen der Kaiserlich-deutschen Regierung und dem schweizerischen Bundesrat ist, um die Verwaltung der Rechtspflege beiderseits zu erleichtern, eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher den deutschen und schweizerischen Gerichtsbehörden der unmittelbare Geschäftsverkehr in allen Fällen gestattet ist, in welchen nicht der diplomatische Verkehr durch Staatsverträge vorgeschrieben ist, oder in Folge besonderer Verhältnisse räthlich erscheint. Diese Vereinbarung ist am 1. Januar 1879 in Wirklichkeit getreten und bleibt in Kraft bis nach Ablauf von sechs Monaten nach erfolgter Kündigung seitens des einen oder des andern der beiden Theile. Gleichzeitig sind die zwischen Preußen und der Schweiz im Jahre 1868 geschlossene, im Jahre 1872 auf Elsaß-Lothringen ausgedehnte Vereinbarungen, betreffend den unmittelbaren Geschäftsverkehr zwischen den beiderseitigen Justizbehörden, sowie die im Jahre 1857 zwischen Bayern, Württemberg, Baden einerseits und der Schweiz anderseits über den gleichen Gegenstand getroffenen Vereinbarungen außer Wirksamkeit getreten.

Vorboten auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878. Die weitere Verbreitung der im Verlaufe von S. Kistemäders in

Brüssel herausgegebenen periodischen Druckschrift: „Die Luternen von Carl Hirsch.“ Die bei C. Ihring in Berlin geprägte nicht periodische Druckschrift, enthaltend die beiden zur Feier der General-Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Berlin, beziehungsweise zum Stiftungsfest desselben Vereins, von Eugen Mendel verfaßten Vorträge: „Der Geist der Revolution“ und „der Comununekämpfer aus der Flucht.“ Die im Verlage von Th. Gräbli zu Dresden erschienene nicht periodische Druckschrift: „Wie Du sein sollst! Epigrammatische Lebensregeln.“ Ein elegisches Spott- und Stadgedicht in 122 Ditschen von Oskar Kleinh. Die Druckschrift: „Marshallise des Christenthums von Dr. Friedrich Krämer, Verfasser des Anti-Syllabus, Budapest, Druck und Verlag der Arbeiter-Wochen-Chronik.“

[In den deutschen Münzstätten] sind bis zum 28. December 1878 geprägt worden, an Goldmünzen: 1,244,824,580 Mark Doppelkronen, 399,904,690 M. Kronen, 27,969,845 M. Halbe Kronen, hieron auf Privatrechnung 353,246,030 M. Vorher waren geprägt: 1,244,411,100 M. Doppelkronen, 399,370,320 M. Kronen, 27,969,925 M. Halbe Kronen, hieron auf Privatrechnung 352,140,580 M. Summa 1,672,699,085 M.

[Die Seehandelsplätze und der deutsche Handelsstag.] Wie das „D. M.-B.“ hört, sind seitens der Handelskammer zu Hamburg die Seehandelsplätze zu einer vertraulichen Berathung, die noch im Laufe dieses Monats, in Berlin stattfinden soll, eingeladen, beabsichtigt. Sitzungnahme zum Handelsstage resp. zur Herbeiführung des Austritts aller Seehandelsplätze aus demselben.

Kiel, 4. Jan. [Nothstandsarbeiten.] In Anbetracht der wirtschaftlichen Bedrängnis unter der Arbeiterbevölkerung hat nach der „Kiel-Ztg.“ die Regierung zu Schleswig durch Verfügung an die ihr untergebenen Kreisbaumeister Fürsorge getroffen, daß die begonnenen öffentlichen Arbeiten auch während der rauhen Jahreszeit thunlichst fortgesetzt, eventuell neu projectirt in Angriff genommen werden. Auch sind die Landrats-Amtier vergnädigt, darauf hinzuwirken, daß von Seiten der Gemeinden und Corporationen durch Fortsetzung solcher Arbeiten, welche im Winter ausgeübt zu werden pflegen, deren Weiterführung aber auch während der rauhen Jahreszeit möglich ist, dem ärmsten Theile der Bevölkerung Gelegenheit zu einer lohnenden Beschäftigung gegeben werde.

Würzburg, 2. Jan. [Bon der Universität.] Heute Vormittag fand in der Aula der Universität die übliche Jahresfeier und Preisvertheilung statt. Der Rector Professor Dr. Fick schickte dem Jahresberichte eine wissenschaftliche Betrachtung über die Bedeutung des Darwinismus vom physiologischen Standpunkte voraus. Derselbe

gedachte auch, wie der „Fr. Kur.“ berichtet, des beklagenswerthen Unfalls, dem der cand. med. Sicken zum Opfer gefallen. Noch sei ganz Deutschland in gespannter Erwartung des richterlichen Urteilspruches, ob eine schwere Verschuldung des Patrouillenführers oder eine strenge Befolgung des Gesetzes vorliege. Möglicherweise werde der Fall Anlaß zu einer Änderung der Instructionen. Für die akademische Jugend müsse er aber als eine ernste Mahnung betrachtet werden, der der Rector Ausdruck zu geben vom akademischen Senate beauftragt sei: denn der Fall lege der studirenden Jugend die patriotische Pflicht auf, daß sich keines ihrer Mitglieder zur Provocation anderer Bevölkerungsklassen hinreissen lasse, sondern, um so mehr in der Zeit, wo eine allgemeine Lähmung Taufende in Roth verzeige, wo als schwere Gewitterwolke über dem jungen Deutschen Reiche ein wilder Geist der Aufsehung schwebe, mit dem Beispiel der Unterordnung unter die bestehenden Gesetze vorangehe und alles vermeide, was dem Verlangen eines Vorrechts gleichkomme, daß den ohnehin vorhandenen Klassenhass nur noch mehr steigern müßte.

Frankreich.

Paris, 3. Jan. [Die Linke und das jetzige Cabinet.] Aus sicherster Quelle, schreibt man der „A. Z.“, verlautet, daß Gambetta und die übrigen Führer der Linken fest entschlossen sind, auch nach den Senatorenwahlen das jetzige Cabinet am Ruder zu erhalten, selbst der Rücktritt des Generals Borel wird nicht verlangt werden, falls er sich dazu versteht, die hohen Beamten, welche anerkannte Gegner der Republik sind, aus seinem Ministerium zu entfernen. Leon Say wird ebenfalls bleiben, wosfern er es nicht vorziehen sollte, Gouverneur der Bank von Frankreich zu werden.

[Der Vatican und Deutschland.] Der Vatican und Russland.] Der „Temps“ bringt Nachrichten aus Rom vom heutigen Tage (die er selbst vertreten mag), wonach das Berliner Cabinet an den Vatican das Verlangen gerichtet hätte, einen Druck auf das Centrum zu üben, um es zu einer Kundgebung im Sinne der Regierung zu bewegen; der Papst aber habe entgegnet, es sei ihm unmöglich, sich in die Angelegenheiten einer politischen Partei zu mischen, er werde dagegen durch den deutschen Episkopat die Ansichten der deutschen Regierung zu fördern suchen, um den Abschluß eines modus vivendi zu erleichtern; der Brief Leo's XIII. an den Erzbischof von Köln sei nach diesem Voegegangen geschrieben worden; die deutsche Regierung sei mit diesem Schreiben zufrieden, so daß nunmehr das Zustandekommen eines endgültigen Einvernehmens genähert sei. Die Romischen Nachrichten des „Temps“ melden ferner, die Beziehungen des Vaticans zu Russland seien nicht die besten, seit Fürst Urußow die Vorschläge des Cardinals Simeoni, die von Nina wieder aufgenommen worden, für unannehmbar erklärt habe; Urußow werde Rom in kurzem verlassen.

[Offener Brief.] General Faidherbe, welcher Senats-Candidat im Norddepartement ist, wurde vor den antirepublikanischen Blättern des Departements heftig angegriffen und fand sich veranlaßt, auf eine Behauptung des „Provocateur“ durch folgenden Brief zu antworten: „Lille, 1. Januar 1878. Mein Herr; Sie stellen eine falsche Behauptung auf, wenn Sie sagen, ich hätte mich geweckt, auf Befehl des Herrn Thiers im März 1871 zu marschieren, da Herr Thiers mich nur nach Besuchsbrief, um mich zu fragen, welche Streitkräfte ich ihm noch zur Verfügung stellen könnte, und mir zu sagen, deren Zusendung zu beflecken. Sie scheuen sich auch nicht, zu behaupten, ich sei zwischen der Regierung und der Commune neutral geblieben. Thatsächlich blieb ich auf dem Posten, den mir die Regierung bezeichnete, und hat dort meine Pflicht mit möglichstem Eifer. Sie können nicht zu wissen, daß ein Militär dorthin geht, wohin ihm der Kriegsminister zu gehen befiehlt, und nicht dorthin, wo er will, und auch, daß ein General, der ein Kommando inne hat und zwischen der Regierung und einem bewaffneten Aufstande neutral bleibt, ein mit dem Tode zu bestrafendes Capitalverbrechen begehen würde. Aber Herr Thiers, das Regierungsoberhaupt, ernannte mich zwei Monate später zum Gouverneur der Bretagne. Ihre Sache muß eine sehr verzweifelte sein, da Sie verfühen, derselben durch so lächerliche Verleumdungen aufzuholen. Faidherbe.“

[Pensionierung von Generälen.] Zwei Brigadegenerale der Cavallerie sind sie eben im Pensionsstand versetzt worden, weil sie sich weigerten, die ihnen vom Präsidenten der Republik zugesetzten Kommandos, in denen sie eine Zurücksetzung erfuhrten, zu übernehmen. Es sind dies der Fürst Baudmont und der Comte Cousin de Montauban. Der Erste ist durch seinen Geschiedungsprozeß, durch seine Reibungen mit dem Schriftsteller Albert Duruy, endlich auch durch Neuverhungen, welche Bismarck gelegentlich über ihn fallen ließ und die Moritz Busch in seinem vielberufenen Buche hinterbringt, in weitesten Kreisen bekannt. Der Comte Cousin de Montauban, der Sohn des gleichnamigen Generals, der im Anfang des Krieges von 1870 und bis zur Revolution vom 4. September an der Spitze des Kriegsministeriums stand, ist erst 48 Jahre alt, hat an der Seite seines Vaters die Feldzüge in der Armee und in China mitgemacht und ist im letzten Kriege vor Mexiko schwer verwundet worden. Er befahlte zuletzt eine Kavallerie-Brigade, und seine vorzeitige Versehung in den Ruhestand soll ihm sehr nahe gegangen sein. Diesen ersten

Opfern, welche das republikanische Regime in den höheren Reihen der Armee forderte, dürften bald noch viele andere folgen.

Belgien.

Brüssel, 3. Januar. [Verurtheilung des Baron von Voelmont.] Vor wenigen Tagen ist hier ein Prozeß beendigt worden, der in vornehmen Kreisen das peinlichste Aussehen erregt hat. Es handelte sich um die Verurtheilung eines Mitgliedes der hohen Aristokratie, das ursprünglich in der vornehmen Gesellschaft von Paris und Brüssel eine hervorragende Rolle gespielt hatte, dann tiefer und tiefer gesunken war, bis seine Laufbahn vor dem Strafrichter unter Anklage wegen Erpressung endete. Diese Verurtheilung des Baron Arthur von Voelmont wegen Erpressung rufft aus seinem Leben eine Episode in die Erinnerung zurück, die vor einiger Zeit die Aussöhnung des Barons aus der guten Gesellschaft bewirkte. Derselbe hatte nämlich seine Tochter an einen vornehmen Engländer verheirathet, wollte sie jenem dann aber wieder entführen, da er selbst eine strafbare Neigung für seine Tochter hegte. Er reiste den Neuwähnthalen nach, erreichte sie in der Schweiz, drang mit geladenem Revolver auf seinen Schwiegersohn ein, um so ihm seine Frau wieder zu entreißen, und wurde deswegen für einige Zeit in Schweizer Gefängnissen inhaftiert. Dann ergab sich der Baron von Voelmont aus Desperation dem Trunk, vergebete sein Vermögen und verschaffte sich seine Subsistenzmittel durch Erpressungen bei seiner Familie. Seine letzte Verurtheilung hatte er auch — wie gesagt — einem Expressionsversuch zu danken. In früheren Jahren hatte er nämlich zu der Comtesse von Dultremont intime Beziehungen gehabt, und aus jener Zeit waren Briefe und ein Bild der Comtesse in seinem Besitz geblieben. Letzteres stellte Voelmont öffentlich in Brüssel, mit einem Pamphlet versehen, aus und wollte es nur gegen eine Zahlung von 30,000 Frs. entfernen. Die Comtesse von Dultremont sah sich daher genötigt, ihre Beziehungen zu Voelmont ihrem Gatten zu gestehen, und letzterer stellte dann den Strafantrag gegen Voelmont, der auch zu seiner Verurtheilung führte. So sind jetzt zwei der vornehmsten Namen der Brüsseler Aristokratie in die Chronique scandaleuse eingetragen und die Mediasce feiert in den hiesigen Salons ihre Triumphe.

Großbritannien.

A. C. London, 3. Januar. [Die Katholiken und die anglicanische Kirche.] Die Lambeth-Conferenz hat ein Comitee ernannt, um die Beziehungen der Katholiken zu Anderen, welche sich von der römischen Kirche losgesagt haben, zu prüfen. Der Erzbischof von Canterbury hat diesem Comitee eine Bittschrift des Pere Hyacinth vorgelegt, welche die Anerkennung der Katholiken seitens des anglicanischen Episcopats befürwortet. Bischof Eden, der Primus der schottischen Episcopalkirche und Vorsitzender des Comites, hat auf Wunsch des Erzbischofs und anderer Comitemitglieder einen langen und wichtigen Brief an Pere Hyacinth gerichtet, in welchem er erklärt, in Gemeinschaft mit dem Bischof von Edinburgh „die Mission des Pere Hyacinth insoweit anzuerkennen, um dieselbe einer provisorischen Prüfung zu unterziehen.“ Seine Lordshaft erklärt ferner, daß unter gewöhnlichen Verhältnissen das anglicanische Episcopat sich gezwungen haben würde, das Verlangen zurückzuweisen, da die Zeiten aber ungewöhnliche seien und die römische Kirche durch den Erlass der jüngsten vaticanischen Decrete den Beweis geliefert habe, daß eine Hoffnung auf innere Reformen schlechterdings nicht vorhanden, so seien auch die Bischöfe geneigt, dem Beispiel der Stammväter zu folgen und das Princip noch höherer Verpflichtungen, als die der Kirchenordnung, anzuerkennen.

[Im Arbeitervereine zu Rochdale] hielt gestern Abend Lord Derby vor gedrängter Versammlung eine Rede über die jetzige Lage des Handels.

So unbefriedigend letztere sei, sagte er, so müsse man die Gefahren doch nicht übertrieben. Bis zum Beginne der kalten Witterung sei die Zunahme des Pauperismus sehr gering gewesen. Auch jetzt noch zeige der Ausweis des nationalen Convents und der Sparbanken, daß die Nationalindustrie noch nicht so völlig zusammengebrochen sei, wie man an vielen Stellen glaube. Dennoch sei es Thatache, daß England sich einer Geschäftskrisis gegenüber befindet, wie es dieselbe seit den Tagen der amerikanischen Baumwollennoth nicht geschen habe. Die Krise sei vielleicht weniger stark, aber dafür um so weiter verbreitet und ihre Dauer sei nicht abzusehen. Hervorgegangen sei diese Krise teils aus Überproduktion, denn wenn z. B. doppelt so viele Strümpfe fabrikt würden als vor zehn Jahren, so folge noch nicht, daß auch doppelt so viel Weine vorhanden wären als vor zehn Jahren. Eine andre Ursache sei zu finden in der Vereitwilligkeit der Wohlhabenden in England, Geld herzugeben. So hätten Anleihen von Honduras, Venezuela, Spanien und der Türkei hier leichtern Absatz gefunden als irgendwo sonst. „Ich glaube — so sagt Lord Derby — daß der König von Dahomey eine Anleihe vor einigen Jahren gefunden haben würde, wenn er sie gewollt hätte. Ich würde mich beinahen, daß er nicht wollte, aber er war wahrscheinlich zu sehr Webler, als daß er den Vorteil sehen könnte, in Schulden zu sein.“ Man habe bei glaubwürdiger Schätzung berechnet, daß englische Capitalisten mehr als 300,000,000 Pf. Sterl. an Staaten geliehen haben, die niemals einen Schilling zahlen werden. Viel mehr sei ohne Zweifel an Privatspeculationen im Auslande verschwendet worden. So lange die Periode freier Anleihen weiter gehe, werde das Geschäft in England künstlich belebt. Eine Regierung in Südamerika nehme vielleicht 5 Millionen auf und nachdem die Agenten nebenbei ihr Theil geföhnen, würde das Geld für Panzer- oder Eisenbahnen verbraucht, Schiffe und Schienen würden dann in England fabrikt. Plötzlich höre dann sowohl die Zahlung der Binsen, wie die Bestellung von Schiffen und Schienen auf. Als dritte Ursache der Krise sieht Redner den Mangel an Vertrauen in den europäischen Frieden an. Als eins der Mittel zur Besserung mancher Verhältnisse erläutert er Auswanderung; die Vorschläge einer Wiedereinführung des Schutzgeldes unter dem Namen Reciprocity nennt er eine „unfehlige Thorheit“, denn Schutzgölle müssen notwendig den Welthandel lähmen und den Wohlstand hemmen oder mindern. Inneben braucht man deshalb um die Sache des Freihandels doch nicht bange zu sein. Die Schützgölle werden sich selber austrotten. Ein unrichtiges System muss notwendig schlechte Früchte tragen, und wenn fremde Länder erst die Folgen ihrer Thorheit geübt haben werden, so werden sie sicher von selber auf vernünftigere Wege zurückkehren. Mittlerweile muß der Handel durch die Schutzgölle allerdings leiden. Die Engländer sollen aber dieses Leid nicht unmittebar vermeiden. Die wirkliche Befürwortung für den Freihandel ist das Beispiel. Zu dem Thema der gegenwärtigen Geschäftslage zurückkehrend, bemerkte Derby, daß, sobald er das Vertrauen zu bleibendem Frieden vorhanden sei, das Geschäft sich auch erholen werde. Gegenwärtig sei das Vertrauen noch nicht vollständig da. Es betheute in England allerdings jeder, er würde den Frieden. Nichts desto weniger gebe es gewisse Klassen, die, ganz abgesehen von Partei-Ansichten, unwillkürlich, ihres Interesses halber, den Krieg wenigstens nicht zu vermeiden wünschten. Der Offizierstand sei augenscheinlich weit stärker vertreten als in früheren Zeiten. Viele Geschäftsleute hofften Armee-Lieferungen zu erhalten oder doch sonst aus dem Kriege Nutzen zu ziehen. Dazu gebe es wieder bedrohte Interessengruppen, denen das Messer der Reform am Halse steht und die vor Allem Zeit zu gewinnen und die Unzufriedenheit des Parlaments von sich abschülen suchen. Dazu sei ein Krieg kein übles Mittel. Der Redner bereitete seine Zuhörer darauf vor, daß man ihnen in nächster Zeit manches Mittel zur Abhilfe gegen den Rothstand anpreisen werde. Sie sollen sich indessen durch Quadsalbereien nicht irreleiten lassen. Er sprach die Vermuthung aus, daß die Unterbrechung der Auswanderung während der letzten Jahre an der gegenwärtigen Geschäftssättigung mit schuld sein dürfe. Das überflüllte England bedürfe eines derartigen Abflusses. Man solle nicht wähnen, daß die Auswanderung ein Land entkräfte. Weit besser daran sei ein Staat mit 35 Millionen zufrieden und beschäftigter Einwohner als ein solcher mit 40 Millionen, die der Beschäftigung ermangeln und daher un-

zufrieden sind. England sei vielleicht bisher in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wesentlich deshalb gut gefahren, weil seine Bevölkerung in der Regel stets zufrieden war. In Amerika und in anderen Weltteilen sei zur Aufnahme des riesigen Übermaßes der Bevölkerung noch reichend Platz. Die Vereinigten Staaten allein haben eine große Zukunft vor sich. Kinder des heutigen Tages könnten noch erleben, daß die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten auf 200 Millionen heranwachse. Zum Schlus empfahl der Redner seinen Zuhörern Mäßigkeit im Genuss geistiger Getränke und des Tabaks. Die Arbeiter verbrauchen — leider — für ihre Verdauung viel zu viel. Der Staat begünstige das nicht, sondern nehme sie deswegen sogar recht streng in Geldstrafe. Er erhebe dafür einmal furchtbar, ihm diese Summe zukürzen! Der englische Arbeiter, der keinen Alkohol und keinen Tabak verbraucht, habe in der civilisierten Welt gegenwärtig die allerwenigsten Steuern zu tragen, ja genieße nahezu völlige Steuerfreiheit, ein Vorzug, der in schlechten Zeiten doch etwas wert sei.

[General Grant,] der vormalige Präsident der Vereinigten Staaten, ist gestern vom Festlande hier eingetroffen, reiste indessen bald nach Liverpool weiter.

[Vom afghanischen Kriegsschauplatz.] Dem „Standard“ wird aus Bombay geschrieben:

In diesen militärischen Kreisen ist man stark der Ansicht, daß Verstärkungen ohne Verzug nach dem Khyber-Thal gesandt werden sollten und Briefe von Offizieren der dortigen Colonne ergeben sich durchaus nicht in rosenfarbenen Neuherungen über die Zukunft. Viel größere Voricht als die, welche bislang von General Roberts erwartet wurde, scheint von Nöten zu sein, wenn man die unruhige Natur der Bevölkerung und die große Entfernung der kleinen Streitkraft von ihrer Communicationsbasis in Betracht zieht. Obwohl die Colonne bislang meist erfolgreich gewesen sei, ist der Erfolg in hohem Grade gutem Glück zuzuschreiben. In der Nacht des 28. November in der Auffahrt vor Peiwar trafen zwei eingeborene Regimenter, die nach einem langen Marsche ohne Speise und Trank den Befehl erhielten, auf den Flanken dem Pass zu vorzurücken, Feinde auf jedem Gründen an. Es wurde ihnen keine Unterstützung gefunden und es ist ein Wunder, daß sie zurückkamen. Wenn der Feind nicht ungeduldiger Weise vor dem Einbruch der Nacht sein Feuer auf das unter seinen Kanonen in der Schlucht des Passes errichtete Lager eröffnet hätte, würde eine Nachlanade in einer furchtblichen Panik unter den in einem solchen Drie zusammengepferchten Mannschaften, Kamelen, Maulbieren, Pferden und Elefanten geendet haben. Das Gefecht am 2. Dezember war, obwohl glänzend, ungemein von gutem Glück begünstigt. Die Mannschaften marschierten beim Einbruch der Nacht ab, ohne daß ihnen Nationen verdeckt worden. Am Morgen stiegen sie erschöpft und hungrig auf stark posirte frische Feindeshäufungen. Zwei unserer Regimenter verirrten sich; es herrschte ungeheure Verwirrung, und der Sieg wurde nur durch die außerordentliche Bravour der Offiziere in der Führung ihrer Leute gewonnen. In Anbetracht der Mängelhaftigkeit unserer politischen Information war der Vormarsch einiger Hundert Mann durch den Shaturgard-Pass äußerst überlegt, und es war in der That ein Glück, daß der Feind auf seiner Flucht nicht Halt machte, um einen der schwierigen Engpass zu beobachten. Am unerträglichsten war der Marsch durch den Chaypon-Pass. Hätten die Mongolen ihre Stärke gerafft, so hätten sie den ganzen Bagagetrain sammt dessen kleiner Bedeckung vernichtet können. So wie so verloren zwei schätzbare Offiziere, 5 Soldaten und mehrere Trophäen ihr Leben. Unsere Streitmacht ist viel zu winzig, um sich auf solche Kostlos einzulassen. Ein Unglück würde wahrscheinlich den ganzen District von Khyber bis Kohat erheben, und schon ist das Verhalten der Wazirs weit davon entfernt, ein befriedigendes zu sein. Das sind die Meinungen, die von Offizieren in Briefen aus dem Lager ausgedrückt werden, und der Bericht über die Niedermezzlung unseres Trosses im Darwaza-Pass, nachdem die Truppen vor demselben durchmarschiert waren, bestärkt die Zweifel an die militärische Klugheit, mit welcher der Feldzug im Khyber-Thale geleitet wird. Die projectierte Expedition nach der Provinz Khost wird sehr streng getadelt, da sie dazu angebaut ist, die Columnen weiter zu zerstreuen und neue Verlegenheiten zu schaffen. Man ist hier einstimmig der Meinung, daß, falls nicht unverzüglich beträchtliche Verstärkungen nach Thull gesandt werden, wir von einer ernstlichen Katastrophe im Khyber-Thale hören werden.“

[Die Freunde Gladstone's] gehen mit dem Gedanken um, ihm an seinem nächsten Geburtstag (dem 70.) besondere Ehre zu erweisen und zu diesem Zwecke eine Geldsammlung unter seinen Verehrern und Parteigenossen zu veranstalten. Über die Verwendung der eingehenden Summen wurde noch kein bestimmter Beschluß gefaßt.

Nürnberg.

[St. Petersburg, 4. Januar. [Der Friede und die russische Presse. — Nihilisten, „Samodur“ und die Studenten-Krawalle.] Bei uns deutet Alles darauf hin, daß der endgültige Friedensschluß mit der Türkei nicht länger auf sich warten lassen wird. Damit hätte das leidige politische Rätsel unserer Zeitungen ebenfalls sein Ende und das wäre auch erfreulich. Das auswärtige Publikum macht von jedem Unison, der in unseren Blättern vorkommt, viel zu viel Aufhebens und es fehlt bei uns doch wahrlich nicht an Beispielen, welche die totale politische Unreife unseres Zeitungspublikums nach mehr als einer Richtung genugsam documentiren. Gleichem klagte man im liberalen Ausland über die Gebundenheit unserer Presse. Seit der Herausgabe des Pressugesetzes, welches, wenn auch nicht im ganzen Lande, so doch in den beiden Hauptstädten Moskau und St. Petersburg die Presselfreiheit statuierte, hat das liberale Ausland hinlänglich genug Gelegenheit gehabt, kennen zu lernen, wie unsere Zeitungen sich der ihnen verliehenen Freiheiten zu bedienen wissen. Es hat dabei weder der geistige Aufschwung des Landes etwas gewonnen, noch auch dürfte das auswärtige Publikum an dem verrannten und hohlen Raisonnement unserer Blätter viel Freude erlebt haben. Unsere Regierung ihrerseits steht dem, bei dem streng offiziellen Charakter des „Regierung-Anzeigers“, mit zugebundenem Munde gegenüber, und das auswärtige Publikum instruiert sich nach wie vor aus den Zeitungen, deren Raisonnement nichts ausdrückt, als die zufällige Stimmung des jeweiligen Moskauer oder Petersburger Redakteurs — aber nicht die des russischen Publikums. — Eine der Sachen, worin — neben Beurtheilung der Verdienste Deutschlands um Russland und den Frieden — mit wenigen Ausnahmen die russische Presse am Unreisten und vielleicht am Misserfolg sich verhält, ist die Besprechung der Studentenunruhen. Die „Moskauer Zeitung“ und die Wochenschrift „Grafschdanin“, welche dem Classicismus und der akademischen Bildungsweise Deutschlands stets gehörigste Anerkennung zollten, sind vielleicht die einzigen russischen Blätter, welche das Studenten-Umfesen mit aller Kraft brandmarken. Die ganze Studenten-Affaire entprang jetzt erweislich einzig und allein aus dem Umstände, daß ein Professor in Charkow gratis Reptitorien einführen wollte, damit die (zum großen Theil) ungeübten vorbereiteten Studenten aus seinen Vorträgen mehr Nutzen ziegen, als bisher. Die Studenten, welche das Faulenzen vorzogen, machten daraus ein „Attentat“ auf ihre Freiheiten und der Nihilismus, der — wie bekannt — in unseren gebildeten, aber geistig unzureichenden Klassen sehr um sich gegriffen, hat das Uebrige. Eine Gefahr für den russischen Staat kann aus den Nihilisten-Tumulten in- oder außerhalb der Studentenkreise bei uns nicht entstehen. Das aber darf Niemanden, der mit der Publicität zu thun hat, der Pflicht entheben, die jungen Leute vor der Gefahr zu warnen, in die sie durch ihre Unüberlegtheit massenhaft sich stürzen. Das thun die Zeitungen aber nicht gern, weil die Zeitungskreise bei uns jedes Wort, wodurch an Moral, Anstand und Ordnung erinnert wird, meistens als nicht-liberal ansehen. Unter „Liberalismus“ wird in den betreffenden Kreisen in der Regel nichts verstanden, als das Vermögen, zu thun und zu lassen, was gerade beliebt, und jede Erinnerung an die Zucht des Gesetzes oder des Anstandes wird daher</p

hier als etwas ausgelegt, was sich mit dem Liberalismus nach der corrupten Auffassung der russischen halben und ganzen Nihilisten nicht recht vertrage. Ehemal gab es in Russland eine Gattung von Menschen, die man „Samodur“ nannte, d. h. so viel wie „urselbständige Thoren“. Diese hatten einen Genuss daran, ein Gesetz oder eine Moralvorschrift gerade deshalb zu verlezen, weil sie einmal bestand — auf die Gefahr hin, daß die Strafe tragen zu müssen: „Ich habe das trocken zu thun gewagt!“ — Das war ihr Stolz. Anstatt der „Samodur“ sind nun die Nihilisten da, und zwar zeigt sich derselbe Zug bei ihnen um so roher und gemeiner, je mehr bei uns ein großer Theil der Intelligenz seit 15 Jahren geistig Rückschritte gemacht und äußerlich sich encannallirt hat. Zu derjenigen Klasse, welche äußerlich und geistig seit 15 Jahren bei uns sich zum Nachtheil verändert, gehörten vor Allem die Studentenschaft und ein großer Theil unserer Zeitungsschreiber. Ehemal war der Studenten-Rock ein Freibrief, eine Empfehlung, die alle Salons öffnete. Jetzt mag man nur nachfragen, wo in Russland Studenten ohne hinlängliche Empfehlung in gute Cirkel zugelassen würden? Früher trugen sie freilich Uniformen, die sie zu anständigem Benehmen und zur Annahme guter Manieren nötigten: seit Aufhebung des Uniformzwanges haben es viele Studenten vorgezogen, nur die schlechteste Gesellschaft zu cultiviren und anstatt zu studiren, die Stipendien der Regierung zu verzehren und mittlerwile gegen dieselbe Regierung, die sie während des Studiencursus erhielt, mit Nihilisten und Socialisten zu consipitiren. Man mag sich daraus die Leute, welche in der gebildet sein sollenden Gesellschaft oder in unserer Presse dem Studenten-Unsug gegenüber sich apathisch oder gar sympathisch verhalten, danach selbst charakterisiren.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 6. Jan. [Erweiterung der Telegraphen-Einrichtungen.] Seit der am 1. Januar 1876 erfolgten Vereinigung der obersten Leitung der deutschen Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung und der in den letzten Jahren durchgeführten räumlichen und geschäftlichen Vereinigung der früher selbständigen Telegraphen-Amter II. und III. Klasse mit der betreffenden Post-Postanstalt hat sowohl die Zahl der Telegraphen-Betriebsstellen, als auch die Zahl und Ausdehnung der Linien eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Während im Januar 1875 1686 Telegraphen-Betriebsstellen in Wirksamkeit waren, sind deren im October v. J. bereits 4115 vorhanden gewesen; es hat mithin die Zunahme 2429 betragen. Die Länge der oberirdischen Linien ist in dem gleichen Zeitraum von 33,245 Kilom. auf 46,769 Kilom. und die Länge der Leitungen von 120,779 Kilom. auf 162,170 Kilom. gestiegen. Ungeachtet dieser erheblichen Vermehrung der Betriebsstellen und Erweiterung der Linien und Leitungen ist die Zahl der Telegraphenbeamten in demselben Zeitraum von 3590 auf 3245, also um 345 ermäßigt worden, weil in Folge der Vereinigung die Beamtenkräfte zweimaliger verwendet und ausgenutzt werden können, während früher, namentlich an kleinen Orten, sowohl die betreffenden Post- als Telegraphen-Beamten nicht immer ausreichend beschäftigt waren. Die Vereinigung zweier in so enger Beziehung zu einander stehenden Verkehrsanstalten hat nicht nur eine Verminderung der Ausgaben für Personal, sondern auch für Gebäude, Ausstattungs-Gegenstände, Amisbedürfnisse &c. herbeigeführt, so daß das früher alljährlich hervorgetretene Deficit der Telegraphen-Verwaltung, welches im Jahre 1875 weit über 3 Millionen Mark betrugen hat, nunmehr ausgeglichen ist. — In unterirdischen Leitungen, zu deren Herstellung ein Credit bewilligt worden ist, sind in der dreijährigen Bauperiode von 1876—78 2487 Kilom. Linien zu je 4 bis 7 Leitungen mit 16,744 Km. Leitungen erbaut und in Betrieb gesetzt worden. Mit diesen unterirdischen Leitungen, welche weniger dem Einfluß der Witterung und mit auch weniger Betriebsstörungen ausgesetzt sind, als oberirdische Leitungen, sind zunächst die wichtigeren Verkehrsadern versehen worden, nämlich von Berlin über Halle und Cassel nach Mainz und Frankfurt a. M.; von Halle nach Leipzig; von Berlin nach Hamburg; von Hamburg nach Kiel; von Berlin nach Köln, über Magdeburg, Braunschweig, Hannover; von Köln nach Elberfeld und Barmen; von Frankfurt a. M. nach Straßburg und von Hamburg nach Cuxhaven. Weitere unterirdische Leitungen, z. B. von Hamburg nach Bremen, Emden, Bremerhaven und Wilhelmshaven, von Köln nach Koblenz, Trier und Neß sind bereits in Angriff genommen und werden im laufenden Jahre vollendet werden.

* [Personalien.] Definitiv angestellt: die katholischen Lehrer Beier, Neugebauer und Nitsch zu Biegenhals, Brzezinka zu Brzine, Kreis Oppeln, und Pamphu zu Basan, Kreis Rosenberg O.S. — Bestätigt: die Wiederwahl der seitherigen Stadträthe Schiefereder, Schreiber, Kaufmann Pollo, Tischlermeister Lüthje und Haubachter Darin zu Ratibor und die Vocatio des katholischen Lehrers Laschka zu Cluj, Kr. Rosenberg O.S.

** [Zur Schulaufsicht in Oberschlesien.] Es wurde das locale Schul-Inspectator übertragen: 1) Dem Pastor Költing in Pitschen für die evangelische Schule in Polanowitz, Kreis Greuburg; 2) dem Seminarlehrer Richter zu Ober-Glogau für die von der F. Seidel derselbst errichteten Spielschule. — Der Kreis-Schul-Inspecto Dr. Rhode in Plesch ist nach Ratibor versetzt und demselben bis auf Weiteres die Verwaltung der derselbst erledigten beiden Kreis-Schul-Inspections übertragen worden. Von denselben Zeitpunkte ab wird der Kreis-Schul-Inspection-Bezirk Nicolai aufgelöst und es werden die Schulen derselben, mit Ausnahme derjenigen zu Al-Berlin, Neu-Berlin, Dzedowiz, Chelom, Emanuelsegen, Gollanow, Imielin, Kraßow, Koszlow, Lendzin, Scierz und Wessolla, welche an die Kreis-Schul-Inspectio Katowitz übergehen, dem Kreis-Schul-Inspectio-Bezirk Plesch überwiesen. Die Verwaltung des letzteren Bezirks ist dem Kreis-Schul-Inspecto Pastuszyl in Nicolai übertragen worden, welcher seinen Wohnsitz am 1. April nach Plesch verlegen wird.

Angelommen: Se. Durchlaucht Prinz Johann v. Sapieha aus Lemberg. Se. Durchlaucht Prinz Adam v. Sapieha aus Lemberg.

© Hirschberg, 5. Jan. [Aus der Stadtverordneten-Sitzung, Temperaturwechsel.] Am vorigen Freitag wurde in der ersten diesjährigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung bei der Wahl des Bureau's der bisherige Vorsteher, Gymnasial-Director Dr. Lindner, einstimmig wiedergewählt, durch welchen Refuskt die Versammlung ein Vertrauensvotum abgab, gegenüber dem vorhergegangenen Erfuchen des Verfassenden, bei der diesmaligen Wahl von seiner Person abscheiden zu wollen. Der Wiedergewählte nahm schließlich die Wahl an. Voror zur Wahl des stellvertretenden Vorfassenden geschritten wurde, nahm die Versammlung von einem Schreiben des bisherigen Inhabers dieses Amtes, Herrn Landtagsabgeordneten Großmann, Kenntnis, in welchem derselbe unter Hinweisung auf seine 40jährige Dienstzeit im Bureau der Versammlung die Annahme einer etwaigen Wiedermahl definitiv ablehnte, worauf bei der Wahl selbst die Majorität der Stimmen dem Stadtverordneten Hauptmann Conrad zuwiel, welcher die Wahl annahm. Als Schriftführer wurde Buchhändler Kuh und als dessen Stellvertreter Fabrikbesitzer Linke wiedergewählt. Dem Stadtverordneten Großmann soll für seine vierjährige verbindliche Thätigkeit im Bureau der Stadtverordneten-Versammlung ein schriftliches Dankvotum zugehen. Das vom Magistrat vorgelegte Statut, betreffend die Erhebung einer Armensteuer von Tanzluftharkeiten, speziell aber die Feierzegung, daß die bisher übliche, von den Wirthen zu zahlende Tanzsteuer vom 1. April 1879 ab von 1,50 Mark auf 3 Mark erhöht wird und daß diese Steuer von allen Tanzluftharkeiten zu zahlen ist, gleichviel, auf wessen Veranlassung getanzt wird, wurde genehmigt, wobei jedoch die Versammlung ihrem Beschlusse eine Resolution beifügte, nach welcher Magistrat erfuhr, auch andere öffentliche Lustbarkeiten, namentlich von der Art der sogenannten Lingeltangel, mit einer Steuer zu belegen. Schließlich trat die Versammlung noch dem aus ihrer Mitte hervorgegangenen Antrage, Magistrat aufzufordern, die in hiesiger Stadt gehaltenen Wanderlager mit einer entsprechenden Communalsteuer zu belegen, ebenso Schritte zu thun, welche die Einführung einer solchen Steuer ermöglichen, einstimmig bei. — Das neue Jahr bringt uns in Übereinstimmung mit den leichten Lagen des alten Jahres abwechselnd Thauwetter und Frost.

© Landeshut, 6. Jan. [Bur. Tageschronik.] Vorigen Sonnabend des Abends brannte hier zu Schreibendorf das Gottl. Kluge'sche Bauerhaus nieder; dabei fand die 22jährige Tochter des Besitzers, zugleich Braut, welche noch von ihrer Ausstattung reiten wollte, in Rauch und Flammen ihren Tod.

X. Neumarkt, 6. Januar. [Tageschronik.] Gestern veranstaltete der hiesige evangelische Junglingsverein eine öffentliche Theater-Vorstellung

wobei die Lustspiele „Günstige Vorzeichen“ und „Eigensinn“ von Roderich Benedix und „Incognito“ von Bruno Reiche zur Aufführung unter gutem Zuspruch des Publikums und vielen Beifall gelangten. Die Biegner-Stadttheater-Gesellschaft gibt einen Cyclus von Vorstellungen hier wiederholt im Abonnement und beginnt künftigen Donnerstag damit. — Unser neuer Kirchhof ist jetzt für die Beerdigung fertig gestellt und der Bepflanzung übergeben worden, die Stadt wird ihn jedoch vor Herstellung des Leichenwagens nicht benutzen. Es haben aber noch mehrere Ortschaften u. A. Kamendorf b. N., Bischdorf, Lampersdorf die Berechtigung, ihre Leichen dort beerdigen zu dürfen.

-r. Namslau, 5. Jan. [Lehrerverein. — Männer-Turnverein.] Der hiesige Lehrerverein, der immer neue Theilnehmer gewinnt, hielt gestern im Gasthofe zur „Golden Krone“ abermals eine Sitzung ab. In derselben hielt Herr Lehrer Netting von hier einen höchst interessanten Vortrag über das Thema: Vergleich der Schiller'schen und Uhland'schen Balladen, Romanzen und Rhapsodien. An diesen Vortrag, für welchen dem Vortragenden Dant gefragt wurde, schloß sich eine lebhafte Debatte. — Der hiesige Männer-Turnverein zählt gegenwärtig 60 Mitglieder. Wie bereits in Nr. 4 d. Bzg. berichtet wurde, hat der Vorstand dieses Vereins an den Herrn Bürgermeister Koze die Bitte gerichtet, die Ehrenmitgliedschaft dieses Vereins anzunehmen. Nachdem Herr Bürgermeister Koze sich hierzu gern bereit erklärt, ist ihm gestern Abend durch den Vereins-Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden Canditor Hoffmann, dem Turnwart Sattlermeister Pelikan, dem Kassenwart Kaufmann Werner, dem Zeugwart Tischlermeister Ferdinand Löwe und Schriftwart Commiss Berman das in dem artistischen Institute von Spiegel in Breslau faulen ausgeführte Ehrendiplom feierlich überreicht worden. Der Turnverein hat sich als nächste Aufgabe die Bildung einer freiwilligen Turn-Feuerwehr gestellt und bereits mit der Bildung eines Fonds hierfür einen Anfang gemacht. Möge es ihm zu diesem, im Interesse der Bewohner von Namslau und der verschiedenen Versicherungs-Gesellschaften liegenden Unternehmen an der erforderlichen Hilfe nicht fehlen.

-ch= Oppeln, 6. Jan. [Ist zur Errichtung eines neuen Baunes polizeiliche Erlaubnis erforderlich?] In einer von dem Königl. Bezirks-Verwaltungsgericht hier selbst verhandelten Streitsache war von dem Richter angenommen worden, daß es zur Errichtung eines Baunes auf dem eigenen Grundstück nach § 149 Teil I Tit. 8 des Allg. Landrechts keines Bauconsenses bedürfe, wobei dahingestellt bleibe, ob ein Baum überhaupt als ein „Gebäude“ und unter die Bestimmungen der Baupolizeiordnung fallend zu erachten sei. Auf eingelagerte Revision hat jedoch das Ober-Verwaltungsgericht die dessfallsige Entscheidung des Bezirks-Verwaltungsgerichts aufgehoben, die erstmalsige Entscheidung bestätigt und dabei den Grundsatz ausgesprochen, daß die Frage, ob Kläger zur Errichtung eines Baunes auf seinem Eigentum einer polizeilichen Erlaubnis bedürfe, nicht sowohl aus der von dem Vorderrichter angezogenen, überwiegend privatrechtlichen Vorchrift des Allg. Landrechts, als aus dem Juhalis der Baupolizeiordnung für das plattde Land des Reg.-Bez. Oppeln vom 25. October 1862 (Amtsbl. S. 216) zu beantworten sei. Die letztere sei auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 erlassen und verstöfe ihrem sachlichen Inhalt nach, — zum Mindesten, insofern dies hier in Frage komme — gegen kein Gesetz, insbesondere nicht gegen die in den §§ 65 ff. Titel 8 Teil 1 des Allg. Landrechts enthaltenen Bestimmungen. Wenn nun aber der § 1 der gedachten Baupolizeiordnung als Regel vorschreibe, daß es zur Errichtung eines neuen Gebäudes, zur Erweiterung eines vorhandenen Gebäudes durch Umbau und zur Verlegung eines solchen an einen anderen Ort, sowie zur Ausführung einer Hauptreparatur oder Hauptveränderung an Gebäuden jeder Art einer vorgängigen polizeilichen Erlaubnis bedürfe, und wenn sodann der § 2 unter denjenigen Reparaturen, welche ausnahmsweise keiner Genehmigung bedürfen, die Ausbesserung der Umfriedungsmauern und Bäume, sofern dasselbe Material verwendet wird und eine Verkürzung derselben nicht stattfindet, ferner die in derselben Form und Größe erfolgende Erneuerung von Umfriedungsmauern und hölzernen Bewährungen und Bäumen, aufzähle, so liege darin augleich ausgesprochen, daß es zur Errichtung neuer Bäume — gleichviel ob dieselben Zubehör eines Gebäudes bilden, oder sich als selbstständige bauliche Anlagen darstellen — einer polizeilichen Erlaubnis allerdings bedürfe.

§ Ratibor, 6. Januar. [Stadtverordneten-Sitzung. — Neorganisation des Nachtwachtwesens.] In der ersten Stadtverordneten-Sitzung des neuen Jahres, am 3. d. M., wurde zuerst der Geschäftsbereich des vergangenen Jahres vorgetragen, aus welchem ersichtlich ist, daß 18 Sitzungen abgehalten wurden, in denen 232 Sachen zum Vortrag kamen. Von sämtlichen Stadtverordneten haben nur 2 allen Sitzungen beigewohnt. Nach Einführung der neu gewählten Herren Stadtverordneten und nachdem dieselben durch Herrn Bürgermeister Schramm mittels Handschlag an Eidesstatt verpflichtet worden waren, schritt die Versammlung zur Wahl des Vorsitzenden. Herr Maurermeister Höninger wurde mit 22 von 34 Stimmen wiedergewählt. Demnächst wurde das alte Bureau, bestehend aus den Herren Ackermann, Grudzinsky und Thiele ebenfalls wiedergewählt. Zu dieser Sitzung wurde auch beschlossen, die Wahl des unbesoldeten Beigeordneten in der nächsten Sitzung vorzunehmen und soll die Wahl-Kommission bis dahin geeignete Vorschläge machen. Dies ist zwar lediglich Form, denn über die zu wählenden neuen Beigeordneten ist man hier längst im Klaren und mit der voraussichtlichen Wahl auch ganz zufrieden, da sich derselbe schon schon um die Commune verdient gemacht hat. — Das neue Jahr hat uns im Communal-Wesen eine Verbesserung gebracht, welche schon lange als notwendig erkannt und daher allseitig, mit Freuden begrüßt worden ist. Die Neorganisation des Nachtwachtwesens ist mit dem neuen Jahre in Kraft getreten. Herr Polizei-Wachtmeister Henke hat auch bei dem Zustandekommen dieser neuen Einrichtung wesentlich mitgewirkt und verdient dafür alles Lob. Die Einrichtung des Nachtwachtwesens ist nach einer vollständig neu ausgearbeiteten Dienst-Instruction erfolgt und das Wesentliche derselben ist, daß die Wächter in allen 14 Nachtwachtbezirken in welche die Stadt eingeteilt ist, von Stunde zu Stunde, in an bestimmten Stellen angebrachten kleinen Kästen, Blechmarken hineinwerfen müssen. Der revidirende Beamte kann nun aus der Zahl derselben leicht erkennen, ob der Wächter seiner Pflicht genügt oder nicht. Der zur vollständigen Ausführung dieser Kontrolle notwendige Obernächter wird leider erst vom 1. April c. angestellt und müssen daher die Polizeibeamten bis dahin neben ihrem sonstigen Dienst, auch noch abwechselnd diese Kontrolle handhaben.

[Notizen aus der Provinz.] * Jauer. Am 6. Januar erfolgte in der 2. Knabenklasse der Bürgerchule die feierliche Einführung des zum Rector der hiesigen evang. Stadtschulen berufenen bisherigen Mittelschul-Lehrer Herrn Peßhold aus Hirschberg in sein neues Amt durch den Kreis-Schulinspector Herrn Superintendenten Herrmann. + Tilledorf. In der 11. Vormittagsstunde des Montags verunlückte tödlich beim Schlittenfahren der 8jährige Knabe Adel. Edelt, Sohn des Töpfersgeschäfts Adolph Edelt, hierherst. Der im Verhältnisse zu seinem Alter außallend sehr kleine, aber geistig geweckte Knabe hatte sich leider zur Schlittenbahn den kaum 1½ Meter hohen Seitenabhang des Ausgangs zur katholischen Kirche ausserberufen, an welchem der sich von der Chaussee abzweigende und ins Niederdorf führende Weg unmittelbar liegt, so daß die kurze, steile Bahn in demselben mündete. Ein aus dem Oberdorf kommender beladener Thonwagen passirte die Stelle, als der Knabe von der Böschung hinab unglücklicher Weise unter den Wagen fuhr und wurde derselbe am Kopfe und Halse vom linken Hinterrade der Art verletzt, daß der Tod augenblicklich erfolgte. Den Fuhrmann soll eine Schuld an dem so tragenswerten Unglück nicht treffen.

△ Beuthen O.S. Wie die „Grenztzg.“ berichtet, gerieten am Freitag zwei in einer Zelle eingeschlossene Leute in Streit, welcher in Thätlichkeit überging, in Folge deren der Eine den Anderen am Kopfe erfaßte und ihn so mehrere Male gegen die Tischplatte stieß. In Folge dieser Verlegerungen trat nach einigen Stunden der Tod ein und wurde die Leiche am Sonnabend in die Leichenkammer des städtischen Krautenhause geschafft, um derselbst seift zu werden.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Bromberg, 3. Januar. [Ein furchtbares Verbrechen] ist in der Vorstadt Berg-Colonie verübt worden. Die „Br. Bzg.“ berichtet darüber: Die ehrgeizige Marie Arkuszewska, früher bei der Witwe Anna Lange wohnhaft, war vor einiger Zeit von dieser fort und zu der Familie Greifowska gezogen. Darüber war bei der p. Lange ein tiefer Groll entstanden, welcher, als die beiden Frauen vor einigen Tagen über ihr früheres Mietsverhältniß in einen Wortwechsel gerieten, unter anderen Redensarten sich auch in den Worten der Lange Lust machte, daß „ihre Söhne es der Arkuszewska schon bejorgen werden“. Gegen 4 Uhr Nachmittags drangen die Gebrüder Lange in die Wohnung des Arbeiters Greifowska, der mit seiner Familie beim Essen saß, und singen ohne Veranlassung an, in der Stube herumzutoben. Es gelang jedoch dem Grei-

fwski, sie aus der Stube zu drängen und die Tür zu verschließen. Bald darauf zurückkehrend, polterten die beiden Brüder zur Treppe heraus, hieben mit einem Beile, das einer von ihnen aus dem im Parterregeßhof des Hauses befindlichen Vichtualienkabinett geholt hatte, die Tür und drangen in die Stube. Wilhelm Lange mit dem Beile und Karl Lange mit einem Messer bewaffnet. Beide fielen nun mit einer wahren Wuth über ihre Opfer her. Die verehliche Greifowska, welche nahe der Tür am Ofen stand, erhielt mit dem Messer eine von unten nach oben gehende Schnittwunde in den Unterleib, welche die Gemeinde heraustreten ließ; der Chemann Greifowska empfing zwei Messerstiche in den Unterleib, während Marie Arkuszewska durch einen Beilhieb, der ein Stück Ohr abtrennte, an der rechten Kopfseite schwer verwundet wurde. Der ebenfalls anwesende Schiffsgeselle Johann Hinz wurde von den beiden Langen durch einen Arthieb und Messerstiche an der linken Schulter und dem rechten Oberarm verletzt. Während dieser blutigen Scene stand die Mutter der beiden Langen's im Hausschl und feuerte ihre Söhne zu weiteren Unthaten mit den Worten an: „So, gebt ihnen ordentlich, schön nicht!“ Als das Moratorium vollendet war und die Verbrecher auf das Jammergesprei der Kinder und die Nothruhe der Nachbarsleute sich entfernt hatten, nadwied sie noch im Laden des Parterregeßhofes den Wirth und dessen Frau gemischt, äußerte die Lange ihre Freude über die Thaten ihrer Söhne, indem sie zu den Umstehenden bemerkte: „Ja, meine Söhne schlagen eine gute Klette, wo die hin hauen, wächst kein Gras“, ein schauerlicher Andeut bot sich bald nach der Gewaltthat beim Betreten der Stube dar. Vier Personen, darunter die Chefran Greifowska, lagen blutend zum Tode erdrückt auf den Betten. Frau Gr. hatte einen Säugling an der Brust, dessen Füße bis zu der knappenden Wunde reichten und sich mit dem Blut der Mutter färbten. Nicht lange nach der tödlichen Verwundung verlor Frau Greifowska die Besinnung, so daß dem schnell herbeigeholten Geistlichen nicht möglich war, sie mit den Sterbesacramenten zu versiehen. Im städtischen Lazarett ist die Bedauernswerte bereits gestern Abend verschieden. Die Wunden ihres Gemahnen sind ebensfalls lebensgefährlich, während die Verlegerungen der beiden andern Personen weniger Besorgniß erregen. Die Brüder Lange, welche Schiffsmänner sind, und ihre Mutter wurden noch gestern verhaftet und der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Darmstadt, 6. Jan. Die Gemahlin des Prinzen Heinrich von Hessen, Karoline, Freifrau von Nida, ist heute in Trier gestorben.

Paris, 6. Jan. Bei der gestrigen Stichwahl in Landes wurde ein Republikaner gewählt.

Triest, 6. Januar. Der Lloyd-dampfer „Ettore“ ist mit der ostindischen Nebelndpost heute Morgen 8½ Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen. Southampton, 6. Jan. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Nürnberg“ ist hier eingetroffen.

(Aus Hirsz' telegraphischem Bureau.)

Petersburg, 5. Januar. Guten Vernehmen zufolge, hat die Pforte die gelegentlich der Verhandlungen über die Einführung der Friedensvertrag gestellten Gegenpropositionen auf directen Befehl des Sultans zurückgewiesen. Letzterer soll gleichzeitig den Minister des Auswärtigen, Karathedow Pascha beauftragt haben, in weiteren mündlichen Unterhandlungen mit dem Fürsten Labanoff weitgehende Zugeständnisse zu machen, wenn Rußland gewillt sein sollte, in der Kriegskostenfrage besondere Erleichterung einzutreten zu lassen. Fürst Labanoff hat über diesen Sachverhalt hier telegraphirt und um Instructionen gebeten. In hiesigen governementalen Kreisen läßt sich die Geneigtheit erkennen, die Entschädigungsfrage in eine secundäre Stelle zu vermeiden und den bezüglichen Wünschen der Pforte Nachung zu tragen.

Konstantinopel, 5. Januar. Nachrichten aus Beyrut melden, daß der Gouverneur von Syrien, Midhat Paşa, eine Proklamation an die Wächter seines Vilajets erlassen hat, in welcher dieselben aufgefordert werden, Deputierte zu einer Versammlung zu wählen, welche im Laufe des Januar zusammenentreten soll, um die Detailberathungen über die probeweise einzuführenden sogenannten englischen Reformen vorzunehmen. Jeder District soll je nach dem Umfange durch 3 oder 4 Deputierte vertreten werden.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 6. Jan. [Börse.] Im gestrigen Privat-Verkehr war die Haltung auf Meinungs- und Deckungsläufe überwiegend fest. Es notirten: Creditactien 402,00 etwas \pm 400—403,00, Franzosen 434,00 nom., Lombarden 119,00—118,50, 1860er Lothe 113,10—112,90, öster. Papierrente 53,50—53,60, do. Goldrente 63,50, do. Silberrente —, ungarische Goldrente 73,10—73,25, Italiener 75,40, Türken +, neue Proc. Russen 83,60, alte 81,90, Russische Noten per ultimo 198,00—198,50—198,25, Rumäniener 34,60—34,50 Köln-Mindener Bahn —, Bergisch-Märkische Bahn 76,25—76,00, Rheinische Bahn 106,25—106,00, Berlin

